

## EINWOHNERRAT

### PROTOKOLL

der 20. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

---

Sitzungsdatum: 12. Juni 2002  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.15 Uhr

---

#### **Präsenz**

Einwohnerrat: Vorsitz Beat Meyer-Zehnder, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin  
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident  
Dr. Leo Zehnder  
Roman Meury  
Beatrice Fuchs  
Paul Schüpbach  
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter  
Markus Rudolf-von-Rohr, Stv. Gemeindeverwalter  
Kurt Hürzeler, HAL Finanzen  
Christine Graf, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste: ---

Entschuldigt: Fabienne Degen  
Arnold Julier  
Danilo Matiz  
Jan Oppliger  
Beatrice Salvisberg

Abwesend: ---

---

#### **Bereinigte Traktandenliste**

1. Wahl des Einwohnerratsbüros für das Amtsjahr 2002/2003
  - 1.1 Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates
  - 1.2 Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin
  - 1.3 Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin
  - 1.4 Wahl von 2 Stimmzählern / Stimmzählerinnen
  - 1.5 Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmzähler / Stimmzählerinnen

2. Bericht des Gemeinderates betreffend  
Wahl eines Mitglieds in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission  
(und gleichzeitiges Mitglied der Wirksamkeitsprüfungskommission)  
anstelle des per 30.6.2002 zurücktretenden Dr. Lukas Rosenthaler, SP-Fraktion  
sowie  
Wahl des Präsidiums der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission  
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30. Juni 2004) Geschäft 3349
3. Bericht des Gemeinderates betreffend  
Wahl eines Mitglieds in das Wahlbüro  
anstelle des zurückgetretenen Christoph Degen, SP,  
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30. Juni 2004) Geschäft 3348
4. Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Gemeindeordnung  
und -reglemente betreffend Totalrevision des Feuerwehrrglementes  
der Gemeinde Allschwil vom 7. Dezember 1983, 2. Lesung Geschäft 3287/A
5. Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Gemeindeordnung  
und -reglemente betreffend Totalrevision des Steuerreglementes  
der Gemeinde Allschwil vom 14. Mai 1986, 2. Lesung Geschäft 3293/A
6. Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungs-  
kommission betreffend Jahresrechnung pro 2001 Geschäft 3340/A
7. Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungs-  
kommission betreffend überarbeitete Finanzplanung der Einwohnerkasse  
über die Jahre 2003 – 2007 Geschäft 3295A/B

**- INFO-FENSTER des Gemeinderates**

---

**Die Protokollführerin**

**Christine Graf**

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 20 vom 12. Juni 2002**

**://:** Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil 2002/2003**

**Alexandre Philipp**

### **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

Der Vorsitzende **Beat Meyer-Zehnder** begrüsst die Anwesenden zur letzten Sitzung des Amtsjahres 2001/2002.

- Die heutige Sitzung dauert bis ca. 20 Uhr, da der neu gewählte Präsident im Anschluss ins Forsthaus Kirschner einlädt.
- Der Schlussabend des Einwohnerrates findet statt: Freitag, 21. Juni 2002 im Zolli Basel.

### **Bereinigung der Traktandenliste**

Der Vorsitzende **Beat Meyer** erklärt, dass die Wahl des Präsidiums der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission bereits heute angesetzt ist, obwohl der Präsident Dr. Lukas Rosenthaler noch bis 30.6. im Amt ist.

Gemäss Auskunft der Landeskanzlei BL ist dieses Vorgehen möglich. Ein nahtloser Geschäftsfortgang dieses wichtigen Kontrollorgans kann dadurch gewährleistet werden. Auf Anfrage des Vorsitzenden erhebt sich kein Einwand gegen die vorgezogene Wahl.

Die Durchführung des Info-Fensters des Gemeinderates im Anschluss an die Wahlgeschäfte wird ebenfalls gutgeheissen.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, beantragt kurze Zeit später, das Info-Fenster des Gemeinderates während der Wahlgeschäfte durchzuführen, damit alle Ratsmitglieder Gelegenheit haben, an den folgenden Abstimmungen teilzunehmen.

**://**: Die Traktandenliste wird in dieser Form gutgeheissen.

### **Neue parlamentarische Vorstösse**

- Interpellation von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Naturschutzkonzept, Geschäft 3350
- Interpellation von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend Sportplätze in Allschwil, Geschäft 3351
- Interpellation von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Erdbebensicherheit, Geschäft 3352
- Interpellation von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Instrumenten-Landesystem, Geschäft 3353

Die Interpellanten verzichten auf mündliche Erläuterungen.

### **Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder**

Per 30. Juni 2002 sind folgende Parlamentarier/innen zurückgetreten:

Alex Horisberger, FDP-Fraktion (18 Amtsjahre)

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion (30 Amtsjahre)

Dr. Lukas Rosenthaler, SP-Fraktion

Gabriela Spinnler Luck, FDP-Fraktion

Jakob Vogt-Pauluzzi, CVP/SVP-Fraktion (24 Amtsjahre)

Heinz Werdenberg, SD-Fraktion

Der **Vorsitzende** würdigt die Arbeit der scheidenden Parlamentsmitglieder.

### **INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES**

- Giftmülldeponien im Mühlitäl, aktueller Stand

(Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**); s. Beilagen.

- Gelbe Bodenmarkierungen am Lindenplatz, Antwort betreffend Frage von Christoph Morat  
anlässlich der Fragestunden vom 15. Mai 2002

(Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit, **Nicole Nüssli**); s. Beilagen.

## 1. Wahl des Einwohnerratsbüros für das Amtsjahr 1.7.2002 – 30.6.2003

### Wahl des Präsidenten/der Präsidentin des Einwohnerrates

Ausgeteilte Stimmzettel:	31
Eingegangene Stimmzettel:	31
Davon leer und ungültig:	3
Gültige Stimmen:	28
Absolutes Mehr:	15

**Gewählt ist mit 27 Stimmen: Alexandre Philipp**

Ferner haben Stimmen erhalten: Alex Horisberger

### Wahl des 1. Vizepräsidenten/der 1. Vizepräsidentin des Einwohnerrates

Ausgeteilte Stimmzettel:	33
Eingegangene Stimmzettel:	33
Davon leer und ungültig:	2
Gültige Stimmen:	31
Absolutes Mehr:	16

**Gewählt ist mit 22 Stimmen: Jean-Jacques Winter**

Ferner haben Stimmen erhalten: Mark Aellen, Max Amsler, Jürg Gass, Verena Meschberger, Beatrice Salvisberg

### Wahl des 2. Vizepräsidenten/der 2. Vizepräsidentin des Einwohnerrates

Ausgeteilte Stimmzettel:	33
Eingegangene Stimmzettel:	33
Davon leer und ungültig:	2
Gültige Stimmen:	31
Absolutes Mehr:	16

**Gewählt ist mit 22 Stimmen: Dr. Ivo Corvini**

Ferner haben Stimmen erhalten: Mark Aellen, Stefan Brügger, Mathilde Oppliger

### Wahl von 2 Stimmenzählern/Stimmenzählerinnen

Als Stimmenzähler sind in Stiller Wahl gewählt:

**Mark Aellen** und **Karl Frei**.

### Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmenzähler:

Als Ersatzleute für die Stimmenzähler sind in Stiller Wahl gewählt:

**Max Amsler** und **Ursula Pozivil**.

1            01.032.002    Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

**2. Wahl eines Mitglieds in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (und gleichzeitiges Mitglied der Wirksamkeitsprüfungskommission) sowie Wahl des Präsidiums der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission anstelle des zurücktretenden Dr. Lukas Rosenthaler, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004), Geschäft 3349**

---

Es liegt folgende schriftliche Nomination der SP-Fraktion vor:

Verena Meschberger.

Auf Anfrage des Vorsitzenden wird Stille Wahl mit grossem Mehr gutgeheissen.

**://:**

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird als Mitglied der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (und gleichzeitiges Mitglied der Wirksamkeitsprüfungskommission) sowie Präsidentin der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission anstelle des zurücktretenden Dr. Lukas Rosenthaler, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) gewählt:

**Verena Meschberger.**

Im Anschluss gibt die Gewählte **Verena Meschberger** aus Gründen der Transparenz und zu Gunsten einer ausgewogenen Ämterverteilung in zwei wichtigen Kontrollorganen mündlich ihren Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission per 30.6.2002 bekannt.

**Mitteilung an:**

- Verena Meschberger (als Wahlanzeige)
- SP Allschwil, Juliana Weber Killer, Postfach 1156, 4123 Allschwil
- HA Zentrale Dienste

217      01.032      Kommissionen des Einwohnerrates

**3. Bericht des Gemeinderates wird als Mitglied des Wahlbüros anstelle des zurück-getretenen Christoph Degen für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004), Geschäft 3348**

---

Es liegt folgende schriftliche Nomination der SP-Fraktion vor:

Bernadette Bammatter.

Auf Anfrage des Vorsitzenden wird Stille Wahl mit grossem Mehr gutgeheissen.

**://:**

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird als Mitglied des Wahlbüros anstelle des zurückgetretenen Christoph Degen für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) gewählt:

**Bernadette Bammatter.**

**Mitteilung an:**

- Bernadette Bammatter (als Wahlanzeige)
- SP Allschwil, Juliana Weber Killer, Postfach 1156, 4123 Allschwil
- HA Zentrale Dienste

218      01.001      Reglemente/Rechtserlasse, kommunal  
06.050      Feuerwehr

**4. Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente betreffend Totalrevision des Feuerwehrreglementes der Gemeinde Allschwil vom 7. Dezember 1983, 2. Lesung, Geschäft 3287/**

---

Die Präsidentin der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, **Margaret Wagner**, teilt mit, dass die Kommission die anlässlich der 1. Lesung zurückgewiesene lit. I des Paragraphen 4, Befreiung von der Dienstpflicht, nochmals beraten hat. Ebenfalls wurden die Departementsvorsteherin Einwohnerdienste & Sicherheit, Nicole Nüssli, sowie der Rechtsdienst der Gemeinde zugezogen.

Aufgrund dieser Beratung vom 13. Mai 2002 schlägt die Kommission heute dem Plenum folgende definitive Formulierung von § 4 lit. I vor (sie entspricht der ursprünglich vom Gemeinderat in Bericht 3287 vorgelegten Fassung und ist in dieser Form bereits seit 1994 im Feuerwehrreglement verankert):

**I) werdende Mütter und Personen, die allein oder hauptverantwortlich vorschul- oder schulpflichtige Kinder betreuen, soweit die Betreuung nicht in Ausübung einer beruflichen Tätigkeit erfolgt.**

Die Departementsvorsteherin Einwohnerdienste & Sicherheit, **Nicole Nüssli**: Bereits seit 1994 ist die heute vorgeschlagene Formulierung in Kraft. Die beiliegende Gegenüberstellung macht deutlich, dass die von der Reglementscommission anlässlich der 1. Lesung vorgeschlagene Formulierung eine Bevorzugung der Ehepaare, insbesondere solche mit Kindern, bedeutet hätte. Aufgrund dessen schliesst sich nun der Gemeinderat den heutigen Ausführungen der Kommissionspräsidentin Margaret Wagner vollumfänglich an.

*Die detaillierten Ausführungen des Departementes Einwohnerdienste & Sicherheit liegen diesem Protokollauszug bei und bilden Bestandteil.*

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, dankt Gemeinderätin Nicole Nüssli sowie dem Rechtsdienst für die raschen und fundierten Abklärungen. Den anlässlich der 1. Lesung unterbreiteten Antrag zieht er zurück und unterstützt den Formulierungsvorschlag der Reglementscommission.

## **DETAILBERATUNG 2. LESUNG**

### **§§ 1 – 3**

Keine Wortmeldungen.

### **§ 4 Befreiung von der Dienstpflicht**

**:::** Der Formulierungsantrag der Reglementscommission wird gutgeheissen.

Somit lautet § 4 lit. I:

I) werdende Mütter und Personen, die allein oder hauptverantwortlich vorschul- oder schulpflichtige Kinder betreuen, soweit die Betreuung nicht in Ausübung einer beruflichen Tätigkeit erfolgt.

### **§§ 5 - 42**

Keine Wortmeldungen.

*Die Endfassung des beschlossenen Reglementes liegt diesem Protokollauszug bei und bildet Bestandteil.*

**:::**

Gestützt auf die Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente wird die Totalrevision des Feuerwehrreglementes der Gemeinde Allschwil vom 7. Dezember 1983 in 2. Lesung mit grossem Mehr gutgeheissen.

219 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal  
07.100 Steuerwesen

**5. Berichte des Gemeinderates und der Kommission für  
Gemeindeordnung und –reglemente betreffend Totalrevision des  
Steuerreglementes der Gemeinde Allschwil vom 14. Mai 1986, 2. Lesung,  
Geschäft 3293/**

---

Die Präsidentin der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, **Margaret Wagner**, erläutert die anlässlich der 1. Lesung vom 17.4.2002 eingereichten Anträge:

Antrag der FDP-Fraktion, Gabriela Spinnler Luck, betreffend § 5 Abs. 2

(Ein zweiter Antrag der FDP-Fraktion betreffend § 3, Steuerveranlagung, wurde am 17. April 2002 zurückgezogen.)

**§ 5 Rechtsmittel**

...  
<sup>2</sup> ~~Einsprachen sind schriftlich und begründet~~ *innert 30 Tagen nach der Eröffnung der Veranlagung der Staatssteuer zu erheben.*

Die Reglementscommission hat den Antrag beraten. Für die Beratung massgebend war das Arbeitspapier von Andreas Weis, Rechtsdienst, welches sämtlichen Ratsmitgliedern zugestellt worden ist. Es lautet:

Fragestellung

*Wie hat die Formulierung in § 5 des kommunalen Steuerreglementes zu lauten?*

*Variante A: Einsprachen sind schriftlich innert 30 Tagen nach der Eröffnung .....*

*Variante B: Einsprachen sind schriftlich und begründet innert 30 Tagen nach der Eröffnung ....*

*Im Gegensatz zum kantonalen Musterreglement für die Gemeindesteuer ist auf kantonomer Ebene eine Begründung nicht mehr nötig (§ 122 Steuergesetz des Kantons Basel-Landschaft).*

Antwort

*(Gemäss Rücksprache mit Rechtsdienst kantonale Steuerverwaltung)*

*Grundsätzlich sind auf kommunaler Ebene die Gemeinden im Rahmen ihrer Autonomie in der Ausgestaltung des Rechtsmittels „Einsprache“ frei. Die Gemeinden müssen daher nicht zwingend die Vorgaben des Kantons (Musterreglement oder kant. Steuergesetz) übernehmen. Prinzipiell können die Reglemente auf Gemeindeebene eine Begründungspflicht vorsehen. Der Widerspruch zwischen Musterreglement und aktuellem Steuergesetz Basel-Landschaft ist durch die Anpassung des Steuergesetzes an die Vorgaben des Steuerharmonisierungsgesetzes entstanden (vgl. Art. 48 des eidgen. Steuerharmonisierungsgesetzes). Das - nicht zwingende - Musterreglement wurde hingegen nicht nachgeführt.*

*Auf kantonomer Ebene ist eine Begründung und ein Antrag keine formelle Voraussetzung für eine gültige Einsprache. In der Praxis wird daher bei einer Einsprache von Amtes wegen geprüft in welchen Punkten eine Änderung der Veranlagung gegenüber der eingereichten Steuererklärung vorgenommen wurde. Diese werden dann nochmals überprüft. Sollte die Einsprache nicht selbsterklärend sein, so wird in der Praxis formlos Kontakt mit dem Einsprecher aufgenommen und nachgefragt, was mit der Einsprache gerügt werden soll.*

*In der Praxis der kantonalen Steuerverwaltung gibt es äusserst selten unbegründete Einsprachen. Spätestens im Beschwerdeverfahren hat der Beschwerdeführer dann seine Eingabe formgerecht zu begründen.*

Herleitung:

---

*Der Grund, warum bei Einsprachen grundsätzlich auf eine Begründung verzichtet werden darf, ist der, dass die Einsprache an die verfügende Behörde/Person selbst gerichtet ist. Diese hat in der Regel volle Kenntnis über Sachverhalt und Entscheidungsgrundlagen. Erst die übergeordnete, d.h. nachfolgende Instanz muss über eine Begründung verfügen, um einen Entscheid treffen zu können.*

*Auf kommunaler Ebene ist das Problem, dass der Gemeinderat faktisch nicht die entscheidende Behörde/Person ist. Ob mit oder ohne Begründungspflicht hat er daher im Einspracheverfahren ohnehin Rücksprache mit der verfügenden Abteilung oder dem/der SachbearbeiterIn zu nehmen. Diese/-er wiederum wird sich im Vorfeld wohl bereits mit dem Einsprecher in Verbindung gesetzt haben.*

*Anzumerken bleibt, dass aus staatsrechtlicher Sicht auch ohne gesetzliche Regelung eine gewisse Mitwirkungspflicht des Bürgers bei der Abklärung von Sachverhalten besteht (Häfelin/Müller, Grundriss des Allgemeinen Verwaltungsrechts, Zh 1998, 3. Auflage, N 1330ff).*

Vorschlag:

*Mit Blick auf das Steuerharmonisierungsgesetz und die kantonale Regelung ( und im Sinne eines „service public“ !?) kann auf die strenge Begründungspflicht als formelle Voraussetzung verzichtet werden. Die absichtliche Verweigerung einer Begründung auf Nachfrage hin scheint unwahrscheinlich und hätte einen Entscheid aufgrund der Aktenlage zu Folge. Ausserdem könnte diese Haltung im allenfalls nachfolgenden Beschwerdeverfahren dem Beschwerdeführer zum Nachteil gereichen. Spätestens im Beschwerdeverfahren hat ohnehin eine Begründung zu erfolgen (§ 124 Abs. 3 kant. Steuergesetz).*

Weiteres:

*Gemäss § 124 StG ist Rekursinstanz für Einspracheentscheide des Gemeinderates neu das kantonale Steuergericht (und nicht wie bis anhin die kant. Steuerrekurskommission). Diese redaktionelle Anpassung müsste auf der Rechtsmittelbelehrung des Einspracheentscheides vorgenommen werden.*

A. Weis, Rechtsdienst

22. Mai 2002

Aufgrund dieser Ausführungen ist die Kommission der Ansicht, dass auf die strenge Begründungspflicht verzichtet werden kann. Sie macht dem Parlament beliebt, dem Antrag der FDP-Fraktion zu folgen.

Ergänzender Antrag von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, betreffend § 5 Abs. 2

### **§ 5 Rechtsmittel**

...

<sup>2</sup> *Einsprachen sind schriftlich und begründet innert 30 Tagen nach der Eröffnung der **definitiven** Veranlagung der Staatssteuer zu erheben.*

Die Reglementscommission lehnt den Antrag von Jean-Jacques Winter ab, da der Zusatz „definitiv“ bereits in Abs. 1 desselben Paragraphen enthalten ist.

## **DETAILBERATUNG 2. LESUNG**

### **§§ 1 – 4**

Keine Wortmeldungen.

### **§ 5 Rechtsmittel**

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, plädiert erneut für den Zusatz „definitive“ Veranlagung in Absatz 2. Dieser diene dem besseren Verständnis der Bestimmung.

**://:**

Mit 18:10 Stimmen wird der Antrag Winter abgelehnt.

**://:**

Der Antrag der FDP-Fraktion, unterstützt von der Reglementscommission, wird gutgeheissen.

Somit lautet § 5 Abs. 2:

<sup>2</sup> Einsprachen sind schriftlich innert 30 Tagen nach der Eröffnung der Veranlagung der Staatssteuer zu erheben.

### **§ 6 – 10**

Keine Wortmeldungen.

*Die Endfassung des beschlossenen Reglementes liegt diesem Protokollauszug bei und bildet Bestandteil.*

**://:**

Gestützt auf die Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Gemeindeordnung und – reglemente wird die Totalrevision des Steuerreglementes der Gemeinde Allschwil vom 14. Mai 1986 in 2. Lesung mit grossem Mehr gutgeheissen.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, beanstandet das Fehlen einer kompletten Reglementssynopse zu Händen der 2. Lesung. Er macht beliebt, für künftige Reglementsberatungen vollständige Unterlagen vorzulegen.

220      07.012      Jahresrechnung

## **6. Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Jahresrechnung der Einwohnerkasse pro 2001, Geschäft 3340/**

---

**Dr. Lukas Rosenthaler**, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, hält ergänzend zum Bericht 3340A was folgt fest:

Der Fehlbetrag von rund CHF 2.5 Mio., den die Rechnung pro 2001 ausweist, liegt deutlich über dem budgetierten Defizit von CHF 1.6 Mio. Im Gegensatz zu früheren Jahren ist es dem Finanzchef nicht gelungen, eine im Vergleich zum Budget vorteilhafter ausgefallene Rechnung zu präsentieren. Die Gründe dafür sind vielfältig und werden im Bericht des Gemeinderates 3340 zutreffend geschildert. Nur ein relativ kleiner Prozentsatz der Ausgaben könne durch die Gemeindebehörden beeinflusst werden. Die Ausdehnung der Ausgaben sei oft auf externe Gründe zurückzuführen. Bei den Sachkosten habe die Verwaltung ausserordentlich sparsam gewirtschaftet. Der FIREKO-Präsident dankt allen Mitarbeitenden der Verwaltung für den sorgsamen Umgang mit den Steuergeldern.

Auf der Einnahmenseite ist nach wie vor ein Rückgang des Steuerertrags festzustellen. Durch diesen Faktor bewegt sich die Verschuldung der Gemeinde Allschwil per Ende 2001 auf eine obere Grenze zu, die nicht mehr überschritten werden sollte. Die FIREKO weist darauf hin, dass die Mehraufwendungen, welche die Rechnung 2001 belasten, auch in den Folgejahren vorhanden sein werden. Im Gegensatz dazu sind auf der Einnahmenseite einige Posten verbucht worden, die einmalig sind. Die FIREKO erachtet es als unwahrscheinlich, dass allein mit Einsparungen eine ausgeglichene Rechnung erzielt werden kann und fordert alle Beteiligten auf, sich im Hinblick auf das Budget 2003 Gedanken zu machen, welche Massnahmen ergriffen werden können, um den Gemeindefinanzhaushalt zu verbessern.

Die FIREKO hält fest, dass die Buchführung der Gemeinde Allschwil vorbildlich ist. Die HA Finanzen habe in den letzten Jahren sämtliche Anregungen der Kommission aufgenommen und umgesetzt. Ein grosses Lob geht deshalb an den Hauptabteilungsleiter Finanzen, Kurt Hürzeler und an seine Mitarbeitenden. Ebenfalls dankt Lukas Rosenthaler für die grosse Kulanz gegenüber

der FIREKO. Auch dem Gemeinderat gebührt Dank, insbesondere dem Departementsvorsteher Dr. Leo Zehnder für die unkomplizierte Zusammenarbeit und Flexibilität bezüglich der Termine. Ein Dankeschön geht ebenfalls an Coach Hanspeter Frischknecht.

Persönlich verabschiedet sich der Präsident schweren Herzens von der politischen Arbeit. Es seien vier spannende Jahre gewesen. Sein besonderer Dank geht an das langjährige Mitglied der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission Felix Mensch für die gute Zusammenarbeit.

**Dr. Leo Zehnder** verdankt die Arbeit des scheidenden FIREKO-Präsidenten Dr. Lukas Rosenthaler sowie der gesamten Kommission. Für die Hauptabteilung Finanzen sei die Tätigkeit der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission ausserordentlich wichtig, zeugen doch die geringen Beanstandungen von der guten Leistung seiner Hauptabteilung. Zusätzlich zum Bericht an den Einwohnerrat erhalte der Gemeinderat jeweils noch einen „professionellen“, sehr detaillierten Bericht der FIREKO zur geprüften Rechnung, welcher sehr geschätzt werde. Der Departementsvorsteher Finanzen nutzt die Gelegenheit ebenfalls zu einer Stellungnahme zu Geschäft 3295B, Bericht der FIREKO bezüglich Finanzplan der Einwohnerkasse über die Jahre 2003 – 2007: Den von der Kommission geäusserten Punkten kann sich der Gemeinderat fast ausnahmslos zustimmen. Dr. Leo Zehnder teilt bezüglich finanzieller Zukunft mit, dass der Einwohnerrat ab Budget 2003 feststellen wird, dass sowohl die Gemeinden wie auch der Kanton Basel-Landschaft einer Situation entgegen gehen, die als „Tohuwabohu“ bezeichnet werden muss. Es sei noch nie vorgekommen, dass die Kantons- und Gemeindefinanzen innerhalb von 2-3 Jahren derart grundlegende Veränderungen erfahren hätten. Allschwil wird einer ausserordentlich schwierigen und schwer abschätzbaren Aufgabe gegenübergestellt. Diese Äusserungen richtet er insbesondere an die anwesenden Mitglieder des Landrats und hofft auf deren Einflussnahme in den entsprechenden Beratungen und Volksabstimmungen. Der Finanzvorsteher geht von einem unveränderten Budget für das Jahr 2003 aus. Man habe keine Wahl, als nach den bisherigen Gegebenheiten zu budgetieren und zu hoffen, dass die anstehenden Veränderungen nicht mit aller Gewalt über Allschwil hereinbrechen werden. Die Beratung des Finanzplans ist deshalb noch ungewiss. Erst wenn Details bekannt sind, wird es Sinn machen, die Finanzplanung der Gemeinde für die nächsten Jahre zu diskutieren. Dr. Leo Zehnder bittet um wohlwollende Kenntnisnahme der Finanzplanung und um Zustimmung zur Jahresrechnung pro 2001.

## EINTRETENSDEBATTE

**Robert Richner**, namens der FDP-Fraktion: Der Rechnungsabschluss 2001 wurde von der FDP-Fraktion beraten. Die Fraktion ist für Eintreten auf Geschäft 3340.

**Kurt Kneier**, namens der CVP/SVP-Fraktion: Die Ursachen für die Budget-Ueberschreitungen sind bekannt und müssen nun zur Kenntnis genommen werden. Die Pro-Kopf-Verschuldung Allschwils ist in den letzten Jahren angestiegen und beträgt für 2001 CHF 1944. Dieser Betrag kann als mittlere Verschuldung angesehen werden. Der Sprechende warnt vor Schwarzmalerei. Einen Lichtblick sieht er im neuen Steuergesetz. In der Praxis konnte er feststellen, dass das Steuereinkommen in den Jahren 2000 und 2001, welche in eine Bemessungslücke gefallen sind, angestiegen ist; dies lasse auf Steuererhöhungen hoffen. Auch die neue Besteuerung der AHV könnte sich zum Vorteil der Gemeinde auswirken. Zum Schluss dankt Kurt Kneier dem Finanzchef Dr. Leo Zehnder und dem Hauptabteilungsleiter Finanzen Kurt Hürzeler für die grosse und gewissenhafte Arbeit. Ebenfalls dankt er den Mitarbeitenden der Verwaltung für die saubere, gewissenhafte und sorgfältig geführte Buchhaltung, welche er als „Rolls Royce“ bezeichnet. Die CVP/SVP-Fraktion wird die Rechnung 2001 genehmigen.

**Bruno Steiger**, namens der SD-Fraktion: Die Rechnung 2001 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 2.6 Mio. ist sehr unerfreulich, muss jedoch zähneknirschend zur Kenntnis genommen werden. Eine erneute Steuererhöhung wird die Fraktion nicht akzeptieren. Auch auf Gemeindeebene müssen die Ausgaben eingeschränkt werden. Ohne Begeisterung wird die SD-Fraktion die Rechnung 2001 ebenfalls genehmigen.

**Christoph Morat**, SP-Fraktion, ist für Eintreten auf Geschäft 3340. In Zukunft müssen zusätzliche Einnahmen innerhalb der Gemeinde generiert werden. Diese Diskussion muss nach der Sommerpause geführt werden, damit der Schuldenberg abgetragen werden kann. Die SP-Fraktion hofft, dass das Defizit von CHF 2.6 Mio. in den kommenden Diskussionen um die Schaffung neuer Einnahmequellen nicht vergessen wird.

**Laufende Rechnung**

**Seite 11; 0 Allgemeine Verwaltung**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 14; 1 Öffentliche Sicherheit**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 19; 2 Bildung**

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Auch dieses Jahr wurden erneut Änderungen beim Kontenrahmen vorgenommen. Weil die Konten „Baulicher Unterhalt der Schulhäuser“ zusammengezogen wurden (Pos. 240), ist nicht mehr klar nachvollziehbar, welche Ausgaben getätigt wurden. Er erkundigt sich, ob es richtig sei, dass die Ausgaben dieser Position deutlich über dem budgetierten Betrag liegen.

Gemäss **Kurt Hürzeler**, HAL Finanzen, stimmen die Ausgaben in etwa mit dem Budget überein.

**Alice Märky**, FDP-Fraktion, erkundigt sich bezüglich Konto 200-35 (200-352.00), Entschädigungen an Gemeinden: Hier besteht ein Aufwand von CHF 11'000, welcher gemäss den Erläuterungen an die Gemeinde Schönenbuch bezahlt wird. Weshalb?

**Kurt Hürzeler**, HAL Finanzen: Es handelt sich um Schulgeldzahlungen; ein Allschwiler Kind besucht den Kindergarten in Schönenbuch.

**Seite 28; 3 Kultur und Freizeit**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 33; 4 Gesundheit**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 35; 5 Soziale Wohlfahrt**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 39; 6 Verkehr**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 41; 7 Umwelt und Raumplanung**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 41; 70 Wasserversorgung (Spezialfinanzierung)**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 43; 71 Abwasserbeseitigung (Spezialfinanzierung)**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 44; 72 Abfallbeseitigung (Spezialfinanzierung)**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 48; 8 Volkswirtschaft**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 50; 9 Finanzen und Steuern**

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, bezüglich Erbschafts- und Schenkungssteuer, Position 931.406: In den Erläuterungen wird die Differenz zwischen Voranschlag und Rechnung von CHF 678'143.75 mit der Abschaffung dieser Steuer für direkte Nachkommen begründet. Gibt es in diesem Bereich noch weitere Steuererträge? Wenn ja, wie hoch sind die entsprechenden Einnahmen? In der Rechnung 2000 wurden Erträge von CHF 513'782.30 ausgewiesen. Geht man richtig in der Annahmen, dass diese nicht nur Erbschaftssteuereinnahmen von direkten Nachkommen betreffen?. Wie hoch sind die effektiven Mindereinnahmen durch den Wegfall der Erbschafts- und Schenkungssteuer? Gemäss Kanton wird dieser Verlust mit ca. 20 % der ursprünglichen Einnahmen beziffert.

**Dr. Leo Zehnder**, Finanzvorsteher: Wie bekannt ist, wurde das neue Erbschaft- und Schenkungssteuergesetz per März 2001 in Kraft gesetzt. Normalerweise muss bei einem Erbschaftsfall für die Abwicklung des Nachlasses mit einem Zeitraum von bis zu einem halben Jahr gerechnet werden. D.h. dass einige Erbschaftssteuer-Erträge aus dem Jahr 2000 erst im Jahr 2001 ausgewiesen werden konnten. Man kann also nicht genau abschätzen, wie hoch die effektiven Ausfälle waren.

Persönlich schätzt Leo Zehnder das Ausmass der Ausfälle durch die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer auf 90 %, was ca. CHF 800'000 – 1'000'000 entspricht. Diese Zahlen wurden von den Erbschaftsämbtern bestätigt.

**Kurt Hürzeler**, HAL Finanzen, bemerkt, dass der für 2001 budgetierte Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer - beruhend auf den Zahlen 1999 – etwas hoch eingeschätzt war (Einnahmen von CHF 1'280'000). Die Einnahmen der Jahre 1995-1999 ergeben einen Jahres-Durchschnitt von CHF 940'000. Diese Zahl verglichen mit den CHF 678'143.75 (Einnahmen 2001) ergibt lediglich noch eine Differenz von ca. CHF 300'000.

**Hanspeter Frey** hält fest, dass in diesem Fall die Mindereinnahmen effektiv nur ca. 1/3 ausmachen, und nicht 100%.

Im Weiteren merkt er an, dass bezogen auf das Budget 2000 ca. 140% der nicht abgerechneten Erbschaften des Jahres 2000 ins Jahr 2001 transferiert worden sind. Er hält dieses Vorgehen für eine beschönigende Massnahme, um das Budget nicht korrigieren zu müssen.

Dem widerspricht **Dr. Leo Zehnder**: Die Gemeinde kann darauf keinen Einfluss nehmen, denn die zuständige Bezirksschreiberei in Binningen meldet viermal jährlich diejenigen Erbschaften, welche die Gemeinde Allschwil betreffen.

**Investitionsrechnung**

**Seite 58; 0 Allgemeine Verwaltung**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 58; 1 Öffentliche Sicherheit**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 59; 2 Bildung**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 59; 3 Kultur und Freizeit**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 60; 6 Verkehr**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 61; 7 Umwelt und Raumplanung**

Keine Wortmeldungen.

**Seite 63; 9 Finanzen und Steuern**

Keine Wortmeldungen.

**://:**

Gestützt auf die Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission wird die Genehmigung der Jahresrechnung der Einwohnerkasse pro 2001 mit 30 Stimmen beschlossen.

221 07.011 Finanzplan/Jahreskontoblätter

**7. Bericht des Gemeinderates betreffend Kenntnisnahme von der überarbeiteten Finanzplanung der Einwohnerkasse über die Jahre 2003 – 2007, Geschäft 3295A**

---

**Dr. Lukas Rosenthaler**, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, zeichnet ein düsteres Bild bezüglich der Finanzplanung für die nächsten Jahre. Über die gesamte Planungsperiode ist mit massiven Finanzfehlbeträgen zu rechnen; eine Situation, welche über kurz oder lang zu einer kleineren Katastrophe führen würde, träfe sie tatsächlich ein: Zwangsverwaltung durch den Kanton.

Mit „einfachen“ Sparmassnahmen kann die Situation nicht verbessert werden. Nur mit massivem Dienstleistungsabbau könnte eine Aenderung eingeleitet werden. Dies will aber niemand und wäre einem lebendigen und lebenswerten Dorf Allschwil nicht zuträglich. Deshalb muss vernünftiges Sparpotenzial geprüft werden. Auch auf der Einnahmen-Seite muss eine Korrektur gemacht werden. Es ist unklar, welche Ein-/Ausgaben auf die Gemeinde in den nächsten Jahren zukommen. Deshalb ist der Finanzplan ein Papier mit beschränkter Bedeutung. Auch mit Optimismus gesehen sind die darin enthaltenen Zahlen gemäss Lukas Rosenthaler bedenklich. In den nächsten Monaten wird der Einwohnerrat nicht umhinkommen, in den Fraktionen heftigst bezüglich der Gemeindefinanzen zu diskutieren.

Bei der Durchsicht des Protokolls der Plenarsitzung vom 12.12.2001 ist Lukas Rosenthaler aufgefallen, dass die FIREKO bereits damals moniert hatte, dass der beantragte Steuersatz von 58 % zu knapp angesetzt ist. Bei heutiger Betrachtung des Finanzplans hat sich diese Aussage bestätigt.

Die FIREKO beantragt dem Rat die Kenntnisnahme des vorliegenden Finanzplans.

Finanzvorsteher **Dr. Leo Zehnder** ergänzt, dass bezüglich Steuern 2001 bereits ca. 30 % aller Allschwiler Steuerpflichtigen veranlagt sind. Die genehmigte Jahresrechnung beruht auf der -vagen - Annahme von 100 % dieser Steuereinnahmen. Die definitiven Zahlen werden erst anfangs 2003 bekannt sein.

Der neu gewährte AHV-Abzug von CHF 10'000, wie von Kurt Kneier erwähnt, hat möglicherweise positive Seiten für die Gemeinde, aber ausserordentlich negative Auswirkungen für die Steuerpflichtigen: Noch nie wurden so viele Steuererlass-Gesuche eingereicht wie dieses Jahr; und der Kanton erlässt Steuerschulden grundsätzlich bis zu CHF 400. Neu sind nämlich Ergänzungsleistungs-Bezüger/innen wieder steuerpflichtig. Die Gesamtsituation gestaltet sich also relativ schwierig.

**EINTRETENSDEBATTE**

**Alex Horisberger**, FDP-Fraktion, warnt generell vor Steuererhöhungen. Der Bezirk Arlesheim weist einen durchschnittlichen Steuersatz von 54% auf, Allschwil hat 57 %. Die umliegenden Gemeinden scheinen auf eine erneute Allschwiler Steuererhöhung nur zu warten. Dienstleistungs-, Gewerbe- und Handelsunternehmen könnten bei der Wahl ihres Domizils dadurch zurückgeschreckt werden. Dadurch ist Allschwil nicht mehr konkurrenzfähig und nicht mehr attraktiv. Mit dem Steuerfuss müsse vorsichtig umgegangen werden.

**Mark Aellen**, namens der SP-Fraktion, ist für Eintreten auf Geschäft 3295A, hält jedoch gleichzeitig fest, dass es - trotz der grossen Spar-Anstrengungen der Verwaltung - unmöglich sein wird, Finanzfehlbeträge zu vermeiden. Die anstehenden Allschwiler Projekte sind Aufträge, die von aussen auf die Gemeinde zugekommen sind und auf welche kein Einfluss genommen werden kann (z.B. Ausbau Alterszentrum, Hochwasserschutz). Seit Jahren werden auch jährlich ansteigende Beträge für die Renovation von Schulhäusern im Budget „mitgeschleppt“. Es gibt kaum einen Betrag im Voranschlag, der nur Allschwil-spezifisch ist und deshalb gestrichen werden könnte.

Riesige Ausgabenposten stehen bevor. Deshalb sieht Mark Aellen wenig Chancen, Finanzfehlbeträge umgehen zu können, wenn nicht der Steuersatz erhöht wird. Es wurde leider versäumt, in früheren Jahren Finanz-Polster anzulegen.

**Kurt Kneier**, namens der CVP/SVP-Fraktion, gibt Eintreten auf die Finanzplanung 2003-2007 bekannt. Er sieht im schlechten Finanzplan den Vorteil, dass sich alle Beteiligten grosse Sorgen und deshalb Gedanken für Verbesserungen machen. Er rät, heute Abend den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen, positiv zu denken und weiterhin nach Lösungen zu suchen. Beim Budget 2003 können diese Lösungen dann eingebracht werden. Heute Abend über Steuererhöhungen zu diskutieren mache jedoch keinerlei Sinn.

**Bruno Steiger**, namens der SD-Fraktion, ist der Meinung, dass der Finanzplan zahlreiche unnötige Investitionsbegehren enthält. Aus diesem Grund unterbreitet die Fraktion konkrete Vorschläge, welche Posten zu streichen sind (Beilage).

**://:**

Eintreten auf Geschäft 3295A ist unbestritten.

## **DETAILBERATUNG**

### **Laufende Rechnung, Uebersicht**

Keine Wortmeldungen.

### **Zusammenfassung Sachbereiche**

Keine Wortmeldungen.

### **Investitionsplan**

#### **- Übersicht**

Keine Wortmeldungen.

#### **- Allgemeine Verwaltung**

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, beantragt bezüglich Konto 020-503.03: Der Gemeindesaal für CHF 2'425'000 ist ersatzlos zu streichen.

Begründung: Die bestehende Gartenhofturnhalle ist für die in Allschwil stattfindenden Anlässe völlig ausreichend. Zudem kämen mit einem neuen Gemeindesaal weitere laufende Unterhaltskosten auf die Gemeinde zu.

**Dr. Leo Zehnder**, Departementsvorsteher Finanzen, erinnert Bruno Steiger, dass es sich um einen Finanzplan des Gemeinderates handelt, welchen das Parlament lediglich zur Kenntnis nimmt. Die Ratsmitglieder können Wünsche für Anpassungen anbringen, jedoch keine Aenderungsanträge unterbreiten. Im Übrigen stellt er bezüglich Gemeindesaal einen Bericht an den Einwohnerrat sowie eine Volksabstimmung in Aussicht. Der Gemeinderat nehme aber zur Kenntnis, dass die SD-Fraktion die Investition „Gemeindesaal“ ablehnt.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, sieht auch die Möglichkeit einer Rückweisung des Geschäftes 3295A an den Gemeinderat zwecks Überarbeitung, d.h. Streichung der drei besagten Positionen aus dem Finanzplan 2003-2007.

Gemäss Ratspräsident **Beat Meyer** handelt es sich bei den Anträgen der SD-Fraktion gemäss Geschäftsreglement um Sachanträge, welche zu einem Geschäft grundsätzlich möglich sind und über welche abgestimmt werden muss.

**Felix Mensch**, CVP/SVP-Fraktion, erachtet weitere Diskussionen um den Finanzplan als sinnlos. Sämtliche Investitionspläne des Gemeinderates werden sowieso noch vom Parlament oder – je nach Umfang - an der Urne beschlossen.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, hält es für eine Grundsatzfrage, ob der Finanzplan lediglich zur Kenntnis genommen werden soll oder konkrete Investitionen diskutiert und Anträge dazu gestellt werden können.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, ist erstaunt über das Votum von Felix Mensch. Soll der Einwohnerrat den Finanzplan wirklich nur noch als „Papierübung“ erhalten und stillschweigend zur Kenntnis nehmen? Es scheint ihm richtig, dass Bruno Steiger seine konkreten Anliegen zum Finanzplan dem Gemeinderat jetzt zur Kenntnis bringt und er den Gemeinderat damit auffordern kann, diese in seiner Arbeit zu berücksichtigen.

**Bruno Steiger** ist damit einverstanden und hat hiermit seine Anliegen beim Gemeinderat deponiert.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion, unterbreitet einen Ordnungsantrag auf Verschiebung der laufenden Beratung des Finanzplanes, Geschäft 3295A. Begründung: Zuerst müsse man sich im Rat darüber klar werden, was eine Geschäftsberatung ist. Es sei nicht duldbar, dass gewisse Personen der Meinung sind, man könne einen Bericht als nutzloses Papier abstempeln, das nicht diskutiert werden muss und zu welchem keine Meinungen abgegeben werden dürfen. Ebenfalls sei es nicht richtig, dass seitens Gemeinderat ausgesagt wird, die Finanzplanung dürfe nur zur Kenntnis genommen werden. Der Rat sei sich uneinig. Unter dem vorhandenen Zeitdruck wäre ein Entscheid nicht sinnvoll.

**:::**

Mit grossem Mehr wird beschlossen, die Beratung der überarbeiteten Finanzplanung der Einwohnerkasse über die Jahre 2003 – 2007 abzuberechnen.

**Alex Horisberger**, FDP-Fraktion, beantragt entgegen der Traktandenliste die Beratung seines Postulates 3344 betreffend Abgabe von (unüberbauten) Grundstücken im Baugebiet, Traktandum 9.

Der Vorsitzende **Beat Meyer** hält fest, dass es sich hierbei um eine Aenderung der Traktandenliste handelt.

**:::**

Mit 15:15 Stimmen und dem Stichentscheid des Vorsitzenden wird der Antrag von Alex Horisberger abgelehnt.

Gemäss § 121 Gemeindegesetz unterliegen die Beschlüsse der Geschäfte 3287 und 3293 dem fakultativen Referendum.

**Die Referendumsfrist läuft am Montag, 29. Juli 2002, 24.00 Uhr, ab.**

Zum Schluss des Amtsjahres 2001/2002 richtet der scheidende Präsident des Einwohnerrates, **Beat Meyer-Zehnder**, das Wort an die Anwesenden und dankt für das spannende und lehrreiche Präsidialjahr. Sein Dank geht insbesondere an das Hauswart-Ehepaar Gloor sowie an die Sekretärin des Einwohnerrates Christine Graf.